

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Z. / Geschäftsstelle u. Expeditions-Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Druckerei: Dresden-Z. 15694. Dresdener Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-Z. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungsdauer der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 22. März 1928 Nummer 70

## Die Hejragd gegen die Sowjetunion

### Der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen im Auswärtigen Ausschuss

## Die Haltung der SPD

Berlin, 22. März. (Eig. Drahtbericht.)  
Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages fand gestern in vertraulicher Auseinandersetzung die Frage der deutsch-russischen Beziehungen, Stresemann gab Bericht, und die Vertreter aller Parteien, einschließlich der SPD, nur mit Ausnahme der Kommunisten, diskutierten die Politik der Bürgerblockregierung gegenüber der Sowjetunion. Die bürgerliche Presse und auch der Vormärts unterstreichen völlig die Haltung der Parteien in der Frage der kommunistischen Schritte der Reichsregierung.

Der Vorwärts und der sozialdemokratische Hauptvorstand haben ihre Stellung senkrecht der Partrifaden unter der weichen Klage des Interaktionskrieges bezogen. Jeder Arbeiter wird aber den sozialistischen Aufbau mit seiner ganzen Begeisterung zu verteidigen wissen.  
Man kann diese Ausführungen der roten Fahne nur unterstreichen. Trotz aller Hehe wird es nicht gelingen, die wachsende Sympathie der deutschen Arbeiter für die Sowjetunion zu zerbrechen. Die Arbeiter wissen, daß der Kampf gegen Sowjetrußland ein Kampf gegen die Vertreibung der Arbeiterklasse ist. Deswegen stehen die Arbeiter zur Sowjetrepublik, die in zehn Jahren Aufbau gezeigt, daß das Proletariat ohne Kapitalisten fertig wird, daß nur durch die Eroberung der Macht der Weg zum Aufstieg der arbeitenden Klasse frei wird.

## Schiedspruch für die Eisenbahner

Eine niederträchtige Verhöhnung der Arbeiter  
Berlin, 22. März. (Eig. Drahtbericht.)  
In der gestrigen Sitzung zwischen Lohnkommission und der Reichsbahnverwaltung ist unannehmlich der Schiedsgerichts- spruch gefällt worden. Nach diesem Spruch sollen die Löhne von 3 bis 5 Pfennig in der Gruppe 3 erhöht werden. Die unteren Lohngruppen sollen gar nur 2 Pfennig Lohnzulage erhalten. Die Dauer des neuen Vertrages soll bis 31. März 1929 Gültigkeit haben. Die Erklärungsfrist ist bis Montag den 26. März gestellt worden.  
Dieser Schiedspruch ist ein Dolch auf die generelle Forderung der Eisenbahner von 15 Pfennig pro Stunde und den Achtstundentag. Keine der Forderungen ist auch nur be- rührt worden. Die Eisenbahner können nur eine Antwort geben, nämlich Ablehnung des Schiedspruches und Kampf um die gestellten Forderungen.

Das Berliner Tageblatt meldet:  
„Die Sprecher aller Parteien, mit Ausnahme der Kom- munisten, waren sich darin einig, daß die von der Sowjet- regierung gegen die deutschen Ingenieure erhobenen Beschul- digungen haltlos seien, und daß die Unklarheit des Schieds- pruchs der aus dem Auslande nach Rußland kommenden industriellen Mitarbeiter auf die weitere Beteiligung aller europäischen Staaten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands höchst ungünstig wirken müsse. Die schwere Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, wurde von allen Seiten bedauert, doch ebenso allgemein war die Auffassung, daß die Regierung bei ihrem entscheidenden Vorgehen gegen die russischen Heber- griffe „niederträglich“ werden müsse.“

Die sozialdemokratischen Führer stehen bei den Trettern des neuen imperialistischen Krieges. Die Arbeiter aber werden den Kampf zur Verteidigung der Republik der Arbeiter und Bauern führen.

## Dhrfeigen für „Vorwärts“ und „Volkszeitung“ Der Widerstand gegen die Sowjetheh wächst

Als die Bürgerblockregierung durch den Abbruch der Wirt- schaftsverhandlungen mit Sowjetrußland und die unersieh- lichen prosozialistischen Schritte Stresemanns die Interessen der konterrevolutionären Ingenieure ihrer Interessengemeinschaft mit der Antisowjethege des englischen Imperialismus dokumen- tierie, bereitete sich das Zentralorgan der SPD, seinerseits die deutsche Bourgeoisie bei ihren antisowjetischen Plänen der restlosen Gefolgschaft der sozialdemokratischen Führer zu versichern. Mit großer Begeisterung über die Stresemann- Prosozialisation schrieb der Vorwärts und auch die Dresde- ner Volkszeitung:

„Auch eine rein sozialistische deutsche Regierung hätte in diesem Fall nicht anders handeln können.“  
Dieser Versuch des sozialdemokratischen Parteivorstandes, unmittelbar Töne anzuschlagen, die an die chauvinistische Kriegs- hege des August 1914 erinnerten, mußte — wie wir voraus- sagten — den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter zeligen. Während die gesamte SPD-Presse, die links wie die rechte, zunächst die antisowjetische Hetzmelodie des Par- teivorstandes mitmachte, handelt sich als erste die Chemnitzer Volksstimme ab. Dieses Blatt trug der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter, ihrer Opposition gegen die Kriegerhege des Vorwärts und der Dresdener Volkszeitung Rech- nung und polemisierte gegen die Taktik der SPD.

Mittlerweile mußte nun auch das führende Blatt der Zen- tritten, die Leipziger Volkszeitung, ihren Kurs än- dern. Während sie in den ersten Tagen in feiner Weise von der Politik des Parteivorstandes und des Vorwärts konnte der

übrigen SPD-Zeitungen abstrakte, sondern alles mitmachte, fin- den wir nunmehr — offenbar unter dem Druck der linken so- zialdemokratischen Arbeiter — eine vollständig veränderte Linie. In ihrer Montagnummer bringt die Leipziger Volks- zeitung einen größeren Artikel unter der Überschrift „Front gegen Rußland?“, der das gerade Gegenteil der im Vorwärts vertretenen Auffassungen vertritt. Der Artikel beginnt mit einer Polemik gegen die bürgerliche Presse:  
„Die kapitalistischen Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung zu fabricieren, haben in der ver- gangenen Woche wieder einmal Hochkonjunktur gehabt. Die Verhaftungen einiger deutscher Ingenieure in Sowjetrußland sind ihnen Grund genug gewesen, die unbegrenzte Kustern- schaft des Volkes von dem Korruptionsstandal im Reichswehr- ministerium abzulenken und sie auf die Sowjetunion hin zu dirigieren, wo „Personen der deutschen Wirtschaft schweres Un- recht“ geschehen sein sollte. Die Reichsregierung ihrerseits unterstützte das Treiben der bürgerlichen Presse, indem sie die Verhaftungen beantragte, um die deutsch-russischen Wirtschafts- verhandlungen abzubreaken. Noch ehe das Ergebnis einer Unternehmung vorliegen konnte, wurde von den effizienten Stel- len und von der gesamten bürgerlichen Presse behauptet, daß die Verhaftungen ohne Grund erfolgt sind und sämtliche in Ruß- land verhafteten Deutschen völlig unschuldig seien.“

Dieser Bericht erwähnt nichts davon, daß wahrscheinlich von allen bürgerlichen Rednern Stresemann in seinem Veruche, das russische Außenhandelsmonopol zu brechen, erwartet worden ist. Die „Einnützigkeit“, von der das Tageblatt schreibt, löst aber darauf schließen, daß der SPD-Redner, Hilferding, sich an die Spitze derjenigen gestellt hat, die das russische Außen- handelsmonopol zu Fall bringen wollen. Es ist klar, daß der Redner der kommunistischen Fraktion, Genosse Stöcker, sich aufs schärfste gegen die Politik Stresemanns, gegen die Ein- mütigkeit in die russischen Verhältnisse und gegen Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen gewandt hat, und daß er dabei den immer schärfer werdenden Kurs Stresemanns gegen Sowjetrußland deutlich gekennzeichnet hat. Den bürgerlichen Presseberichten nach stand aber die Sozialdemokratie völlig auf der Seite der Regierung. Hoffentlich kommt das Verhalten der deutschen Regierung gegen Sowjetrußland auch im Plenum des Reichstages zur Sprache.  
Die KPD schreibt heute unter der dreispaltigen Überschrift „Sowjetkampf im Auswärtigen Ausschuss und die Haltung der Sozialdemokraten“: „Die sozialdemokratische Arbeiterchaft tut gut daran, Herrn Hilferding zu veranlassen, das vor ihr zu wiederholen, zu dem er hinter verschlossenen Türen des Aus- wärtigen Ausschusses annehmend den Mut gefunden hat. Dann würden auch die Arbeiter erkennen, wo die Feinde zu suchen sind. Der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland wird zu einer welthistorischen Sache, und man kann die Feinde überall offen und verdeckt finden.“

Diese Ablage des sozialdemokratischen Blattes an die deutsche Pressehege gegen Sowjetrußland frant nur an dem Täuschungsveruch, für die Giftmischerlei alleis die bür- gerliche Presse verantwortlich zu machen, während ja der Vorwärts und die Dresdener Volkszeitung mit der russischen Presse durchaus an der Spitze der allgemeinen Front vor- schickerte. Sehr diplomatisch kommt das linke SPD-Blatt in der Folge auf die Rolle der sozialdemokratischen Presse zu sprechen, wobei es triumphal vermeidet, sich darüber zu äußern, was die SPD-Presse betrieben hat, sondern lediglich Beträch- tungen anstellt, was sie betreiben müßte:  
„Die Arbeiterklasse und ihre Presse hat keine Ver- anlassung, sich in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrußlands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre Aufgabe ist es, Sowjetrußland in seinem Kampfe gegen seine übermächtigen, kapitalistischen Gegner bei- zustehen. Da es nicht wahr ist, daß die Verhaftungen ohne jeden Grund erfolgt sind, sind auch wir der Auffas- sung, daß sie für das Auswärtige Amt nur ein Vorwand für den Verhandlungsabbruch waren.“

## Der Hüttenchiedspruch rechtskräftig

Am Dienstag hat das Landesarbeitsgericht als Berufungs- instanz in dem Rechtsstreit des Metallarbeiterverbandes gegen den Verband der Metallindustriellen über die Gültigkeit des Schiedspruches für die hüttenindus- trielle folgende Ent- scheidung gefällt:  
Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil dahin geändert, daß die Klage abgewiesen wird.  
Damit ist das frühere Urteil des Arbeitsgerichts, daß den Schiedspruch wenigstens in der wichtigsten Frage der Sonntags- schicht in den Stahlwerken und Martinstäben für ungültig erklärte, aufgehoben. Der Metallarbeiterverband stellte sich befremdlich auf den Standpunkt, daß der Schiedspruch des Schlichters rechtswidrig sei, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1895 verletzt sei. Das und der Bundesratsverordnung von 1895 verletzt sei. Das Arbeitsgericht in erster Instanz gab dem Antrag des DWA statt, das Landesarbeitsgericht hat sich in der Berufungsinanz auf den Standpunkt der Industriellen gestellt und hat die Durchbrechung der Sonntagsruhe und ihre vollkommene Befestigung in den Hüttenbetrieben gebilligt. Es weist an der Hand der Bestimmungen des Landesarbeitsgerichts, daß sich nach mit der Frage beschäftigen wird, sich ebenfalls auf den glei- chen Standpunkt stellen wird.  
In der hüttenindus- triellen Hüttenindustrie ist es, bekanntlich, ohne daß die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts abgewartet

wurde, zur Beendigung des Streites gekommen. Es wurde zwischen den Parteien vereinbart, daß die Arbeitszeit in den Stahlwerken nicht Sonntags um 10 Uhr, sondern um 18 Uhr beginnen soll. Diese Entscheidung soll Gültigkeit haben, bis die Rechtsfrage entschieden ist. Fällt das Urteil des Reichsarbeits- gerichts ebenfalls im Sinne der Unternehmer aus, und daran braucht wohl nicht gezweifelt werden, dann ist anzunehmen, daß die Hüttenindustriellen die restlose Erfüllung des Schiedspruches verlangen werden. Da der DWA aber keinesfalls gewillt ist, gegen den Raub der Sonntagsruhe durch Schlichter und Klassen- kampf zu kämpfen, werden die Hüttenarbeiter die Betroffenen sein. Jetzt zeigt sich, wie recht wir hatten, als wir auf die Ge- fahren hinwiesen, den Hüttenarbeiterkampf auf ein juristisches Geis zu schieben. Die Hüttenarbeiter müssen jetzt erkennen, daß die Klassenjustiz immer auf der Seite des Profites stehen wird.

„Anschließend stellt die Leipziger Volkszeitung ausführlich die Substanz der konterrevolutionären Organisation im Donetzgebiet dar, und sagt hinzu:  
„Man kann nach diesen Mitteilungen nicht sagen, daß die Verhältnisse „unter Vorentscheidung von Gründen ihrer Freiheit beraubt und in Kerkern genommen werden seien“... Glauben die sowjetischen Behörden, aus den feilschenden verführerischen Erklärungen in ihrem Wirtschaftsorganismus auf das Bestehen einer konterrevolutionären Organisation schließen zu müssen, so war es ihre Pflicht, die Untersuchung schonungslos durchzuführen. Wenn übrigens in Deutschland „deutsche Arbeiter“ von deutschen Gewerkschaften unschuldig in Haft gehalten und dann wegen Vergehens,

Die Politik der Reformisten, die den Kampf abwürgten, hat auch in diesem Falle zur vollständigen Niederlage der Ar- beiter geführt. Die Lehre aus dem verlorenen Hüttenarbeiter- kampf gilt es beim bevorstehenden Kampf für die hüttenindus- trielle zu ziehen. Schon jetzt müssen die Metallarbeiter für den bevorstehenden Kampf rufen, und die Front der Metall- arbeiter mobilisieren gegen jeden Versuch der Industriellen, Lohn- und Arbeitszeitkampf durch Schiedsrichter und Zwangs- vertrag abzuwürgen.“

Es ist zu erwarten, daß die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts abgewartet